

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE zum Antrag der Fraktionen der SPD
und Bündnis 90/Die Grünen, Drucksache 19/1790

Existenzminimum endlich fair und realistisch berechnen!

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Es wird folgender Beschlusspunkt 3 neu hinzugefügt:

3. auf Landesebene, beispielsweise durch die Vertreterinnen/Vertreter der senatorischen Behörden in der Trägerversammlung der Jobcenter, auf die derzeitige Sanktionierungspraxis der Jobcenter im Sinne einer deutlichen Reduzierung und Entschärfung von Sanktionen einzuwirken.

Begründung:

Entgegen dem Bundestrend, wonach die Anzahl an verhängten Sanktionen gegen Empfängerinnen/Empfänger von Sozialleistungen sinkt, stieg die Zahl in Bremen im ersten Halbjahr 2018 gegenüber dem Vorjahr um sechs Prozent an. Den regionalen Jobcentern in Bremen und Bremerhaven obliegt dabei, ihre Sanktionierungspraxis eigenständig zu steuern. Daher ist der Senat aufgefordert, sich neben der Bundesebene auch auf der Landesebene für einen Richtungswechsel bei der Steuerung der Jobcenter einzusetzen.

Peter Erlanson, Kristina Vogt und Fraktion
DIE LINKE